

# Die Singularitätsthese und die deutsche nationale Identität

---

*Omri Boehm*

Im Nachdenken über das Kapern der Erinnerung bringt es uns einen großen Schritt nach vorn, wenn wir es wagen, die Perspektive des Historikers, der ich nicht bin, zu verlassen und stattdessen mit meiner Perspektive des Philosophen statt von der Erinnerung von der Vernunft zu sprechen – vom Kapern der Vernunft durch die Erinnerung. Aus meiner Perspektive eines Philosophen ist es eine der gewinnbringendsten Formen, über die Entführung der Erinnerung nachzudenken, den Begriff »Erinnerung« für einen Moment beiseite zu lassen und an dessen statt von der »Entführung der Vernunft« zu sprechen: von der Entführung der Vernunft durch Erinnerung. Und um das zu tun, ist es sinnvoll, zunächst ein Wort über Jürgen Habermas zu verlieren. Habermas ist der Denker, der mehr als jeder andere in Deutschland für die Rettung des Konzepts der Vernunft geleistet hat, als er die Autorität der Vernunft in ihrer universalistischen, im weiteren Sinne kantianisch-aufklärerischen, Bedeutung heldenhaft aus den Trümmern des Dritten Reichs rettete. Habermas' Manöver war im Wesentlichen ein zweifaches: Erstens rehabilitierte er die Autorität der Vernunft, indem er eine Diskursethik entwickelte. Und zweitens verteidigte er den Verfassungspatriotismus. Die beiden Projekte gehen Hand in Hand. Freie öffentliche Meinungsäußerung wurde zum einzigen Weg zur Verteidigung der universellen Rationalität (das geht auf die Diskursethik zurück sowie auf Kants Idee, dass die Vernunft eine vom Wesen her öffentliche Sache ist). Und aus demselben Grund sollten in Deutschland als einzige Quellen der Legitimität die Standards der liberalen Staatsbürgerschaft, der neutralen Verfassung und des Völkerrechts als einzige Quellen von Rechtmäßigkeit in Deutschland akzeptiert werden. Beides zusammen, die Diskursethik und der Verfassungspatriotismus, sollte Deutschlands nationale Identität, die als ein ethnisch verstandenes deutsches »Wir« existiert hatte, ersetzen. Wenn man nun fragt, was der Grund dafür war, sich der abstrakten universellen Vernunft

als Ersatz für die deutsche Identität oder das deutsche Bewusstsein zu beschreiben, so lautet die oder zumindest ein wesentlicher Teil der Antwort: das Verbrechen des Holocaust und seine Einzigartigkeit. Alle Nationen haben in ihrer Vergangenheit Verbrechen begangen; die Einzigartigkeit des deutschen Verbrechens legt es aber nahe, das nationale Bewusstsein als Quelle der gesellschaftlichen Normen aufzugeben. Mit anderen Worten: Der Grund ist die Erinnerung, auf jeden Fall die Vergangenheit und eine ganz bestimmte Interpretation derselben. Es wird übrigens oft übersehen, dass dies der wesentliche Punkt des ursprünglichen Historikerstreits Mitte der achtziger Jahre war. Im Kern der Debatte stand nicht wirklich die Einzigartigkeit des Holocaust, wie heute so mancher argumentiert. Vielmehr ging es darum, seine Einzigartigkeit zu verteidigen, um die Instrumentalisierung der Erinnerung zugunsten einer erneuerten deutschen nationalen Identität zu verhindern.

### **Die Grundlagen der liberalen Demokratie im Angesicht des Holocaust und Israels**

Der Historikerstreit ereignete sich Mitte der achtziger Jahre, als wir alle noch jung und naiv waren. Inzwischen ist klar geworden, dass auch die Singularitätsthese selbst instrumentalisiert werden kann – um den Universalismus anzugreifen und um die in der freien Meinungsäußerung verkörperte Vernunft sowie den Verfassungspatriotismus zu untergraben. So entsteht das, was wir als »Dialektik der Singularität« bezeichnen könnten (und ich verwende diesen hochtrabenden Begriff, weil ich ihn für treffend halte): Der Gedanke, dass sich der Holocaust nicht mit anderen Verbrechen vergleichen lässt, wurde damals verteidigt, um gegen eine nationale Identität Deutschlands zu argumentieren; heute hingegen wird er im deutschen Feuilleton zumindest auch dafür benutzt, um eine solche zurückzuerlangen – um die Vorstellung, dass nicht-weiße Deutsche allein durch Staatsbürgerschaft Deutsche sein können, mit der Begründung zurückzuweisen, dass jene die gängigen Tabus über Israel nicht teilen.

Das heißt natürlich nicht, dass die Singularitätsthese falsch wäre oder gar aufgegeben werden müsste. Es bedeutet aber sehr wohl, dass die Singularitätsthese einer kritischen Revision unterzogen werden sollte, um Deutschlands Bekenntnis zur Vernunft, zum Verfassungspatriotismus und zum Völkerrecht zu verteidigen. Diejenigen, die zurzeit in den deutschen Feuilletons den Universalismus gegen Postkolonialismus oder Critical Race-Theorien verteidigen,

hätten das Beharren darauf, die Einzigartigkeit *kritisch zu prüfen*, begrüßen sollen Eine Kritik der Singularität, wohlgemerkt nicht ihre Annullierung, hätte der kantischen Idee von Kritik entsprochen. Aber aus bestimmten Gründen stößt jede Kritik an (der Dialektik) der Singularität auf den Vorwurf des Antisemitismus.

Und sobald das Engagement Deutschlands für Israel in öffentlichen Debatten zur Sprache kommt, verflüchtigt sich die Autorität der Vernunft fast vollständig. Das Bekenntnis zur Vernunft entstand aus der Erinnerung an die deutsche Vergangenheit; aber was passiert, wenn Israel als »Staatsräson« in diese Gleichung eintritt? Welche Auswirkungen hat Deutschlands Bekenntnis zum jüdischen Staat als Staatsräson auf die Autorität des öffentlichen Diskurses und auf den Verfassungspatriotismus als Ersatz für die deutsche nationale Identität?

## Nationale deutsche Identität durch die Hintertür der Staatsräson

Um auf diese Frage zu antworten, lohnt es sich, auf Habermas selbst zurückzukommen. Wie sich einige erinnern werden, wurde er 2012 von *Ha'aretz* nach seiner Einschätzung der israelischen Politik gebeten.<sup>1</sup> Habermas lehnte die Bitte mit den Worten ab, dass dies »nicht die Aufgabe eines privaten deutschen Bürgers meiner Generation« sei. Ich habe seine Antwort bereits an anderer Stelle ausführlich kommentiert und *nicht* die Absicht, das hier nochmals zu tun.<sup>2</sup> Zum notwendigen Hintergrund sei lediglich angemerkt: Als Privatmann ist Habermas' Haltung dazu natürlich mehr als verständlich, doch geht das am eigentlichen Punkt vorbei. Entscheidend ist, dass Habermas kein privater deutscher Bürger ist. Wenn sich der öffentliche Intellektuelle par excellence ins Private flüchtet, wenn also die Person, die als Begründerin der Diskursethik die Rolle des öffentlichen Intellektuellen geradezu verkörpert, eine öffentliche Äußerung verweigert, dann hat das erhebliche theoretische und politische Konsequenzen. Denn eine solche Selbstzensur ist selbst ein Sprechakt, der Israel im Sinne der deutschen Staatsräson jenseits der Autorität der

1 Noa Limone: Germany's Most Important Living Philosopher Issues an Urgent Call to Restore Democracy. *Haaretz* vom 16.8.2012.

2 Omri Boehm: The German Silence on Israel, and Its Costs. *The New York Times* vom 9.3.2015.

Vernunft verortet – also jenseits der Sphäre, die durch das öffentliche Sprechen definiert ist.<sup>3</sup> Die dahinterstehende Haltung, die durch diese Großgeste des privaten Schweigens symbolisiert wurde, zeitigt ernsthafte Konsequenzen und hat im Laufe der Jahre viele deutsche Intellektuelle auch der jüngeren und jüngsten Generation angesprochen. Eine Folge dieser Grundsatzhaltung war meines Erachtens nach der Zusammenbruch der öffentlichen rationalen Diskussion. Und das ist zugleich der Moment, da die deutsche nationale Identität durch die Hintertür den Diskursraum wieder betritt.

Zu meiner Sichtweise gibt es ein naheliegendes Gegenargument, das ich hier direkt ansprechen möchte. Es lautet folgendermaßen: Wird Israel etwa in Deutschland nicht unentwegt und immer wieder kritisiert? Für diese Praxis gibt es sogar einen eigenen Begriff, auf den viele gerne hinweisen: »Israelkritik«. Aus diesem Grund könne doch kaum davon ausgegangen werden, dass es eine Zensur des Diskurses oder gar der Vernunft gibt. Doch das ist irreführend. Jenseits des lauten Geschreis über Israel hat das Schweigen ernsthafter Intellektueller zu elementaren Fragen eine Situation geschaffen, in der die für eine rationale Diskussion notwendigen Grundbegriffe ausgehöhlt wurden. Die Integrität fundamentaler universalistischer Prinzipien wurde durch die Autorität der Erinnerung gekapert: Grundlegende rationale Prinzipien sind als inhärent antisemitisch delegitimiert worden.

Übrigens kennen wir die gleichen Tendenzen heute auch von postkolonialen und anderen post-aufklärerischen Kritikern – es ist die Neigung, Vernunft und Universalismus als inhärent rassistisch zu denunzieren. Dass die gegenwärtigen Zusammenstöße zwischen postkolonialen Kritikern und denen, die wir auch als post-Holocaust-Zionisten bezeichnen könnten, so heftig ausfallen, liegt nicht daran, dass sie so unterschiedlich, sondern vielmehr daran, dass sie einander so ähnlich sind: Beide Seiten lehnen den Universalismus der Aufklärung als inhärent rassistisch und gewalttätig ab und postulieren stattdessen die Identität der Opfer.

Der Mindeststandard für liberale Demokratien – also staatliche Neutralität, zumindest Neutralität in Bezug auf die Abstammung seiner Bürger – weist stark darauf hin, dass ein zugleich jüdischer und demokratischer Staat ein Widerspruch in sich ist. Ich meine, dass dies eine offensichtliche Tatsache ist, die jedem politischen Theoretiker, egal ob deutsch, israelisch oder anderer Herkunft, klar sein sollte; und zwar aus dem einfachen Grund, dass Souveräni-

---

3 Ich habe mich bereits an anderer Stelle zu diesem Problem geäußert, verzichte hier aber auf längere Ausführungen.

tät, die auf der ethnischen Zugehörigkeit einer Gruppe und nicht auf Staatsbürgerschaft als solcher beruht, nicht demokratisch sein kann. Israel als Staat des jüdischen Volkes und nicht seiner Staatsbürger kann Nicht-Juden nicht als gleichberechtigte politische Subjekte behandeln. Es gibt Philosophen (etwa Moshe Halbertal oder Michael Walzer), die gerne behaupten, dass eine jüdische Demokratie sich nicht von einer deutschen oder italienischen Demokratie unterscheidet – alle seien in gleichem Maße demokratische Nationalstaaten. Diese Behauptung ist nicht nur falsch, sondern auch unaufrichtig und irreführend, wie ich bereits an anderer Stelle ausführlich dargelegt habe.

Juden, Muslime und Christen können – praktische Schwierigkeiten mal bei Seite gelassen – Deutsche oder Italiener sein. Juden, die dies wünschen, gehören zum souveränen deutschen Volk. Juden oder Muslime können Teil des souveränen italienischen Volkes sein. Der springende Punkt dabei ist, dass nur Rassisten und Antisemiten dies leugnen. Doch Nicht-Juden gehören nicht zum souveränen jüdischen Volk im jüdischen Staat. Das Land ist *nicht* israelisch, wie wiederum liberale Zionisten betonen. Aus diesem Grund kann die Situation in Israel nicht, wie dies oft getan wird, als eine »systematische« Diskriminierung beschrieben werden, wie sie uns aus allen Demokratien – der deutschen, der italienischen oder der amerikanischen – vertraut ist. Vielmehr handelt es sich um eine rechtliche Ungleichbehandlung auf Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit, als Teil des quasi-verfassungsmäßigen Konzepts des Staates selbst.

Außerdem kann nur jemand mit einer entsprechenden Agenda den Eindruck erwecken, dass das nichts damit zu tun hat, was in den besetzten Gebieten passiert. Die Tatsache, dass Palästinenser in einem jüdischen Staat nicht gleichberechtigt existieren können, betrifft den Status der Palästinenser sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen von 1967: Dass diejenigen, die außerhalb der Grenzen von 1967 leben, keine Staatsbürger werden, obwohl der jüdische Staat seit mehr als 50 Jahren sowohl das Territorium als auch die zivilen Aspekte für die dort lebenden Juden kontrolliert, liegt darin begründet, dass der jüdische Staat auf diese Weise die demographische Überlegenheit der Juden sicherstellt.

Während also der Mindeststandard liberaler Demokratien, über den ich gesprochen habe, in jedem liberalen Kontext selbstverständlich ist, gilt er in Deutschland nicht für Israel: Hier wird er weder vertreten noch zurückgewiesen, weder in Frage gestellt noch debattiert – was die rationale Herangehensweise wäre. Allein, der Minimalstandard für liberale Demokratien wird in Deutschland als antisemitisch dargestellt. Und seien wir doch

mal ehrlich: Als antisemitisch galt er bereits Jahre, bevor der BDS-Beschluss des Bundestags ihn offiziell dazu erklärte und implizierte, dass alle, die sich auf diesen Standard beziehen, keine öffentlichen Gelder erhalten oder nicht auf öffentlichen Podien sprechen sollten. Im Folgenden möchte ich etwas zum BDS-Beschluss sagen, dann auf die damit verbundenen Angriffe auf den Apartheid-Bericht von Amnesty eingehen und schließlich auf die neue Rechte zurückkommen.<sup>4</sup>

## Der BDS-Beschluss des Bundestags

Der Beschluss erklärt das Existenzrecht Israels zu Deutschlands »Staatsräson« und verurteilt diejenigen als antisemitisch, die es in Frage stellen. Nun stützt sich dieser Beschluss auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA), die für sich bereits problematisch ist, was ich aber für den Moment beiseitelasse. Gemäß dieser Arbeitsdefinition ist Kritik an Israel zwar nicht per se antisemitisch, wohl aber die Verweigerung des »Selbstbestimmungsrechts« des jüdischen Volkes ebenso wie die Anwendung »doppelter Standards« auf den jüdischen Staat: Damit ist gemeint, Israel nach Kriterien zu kritisieren, die »von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert werden«.<sup>5</sup>

Ein großer Vorteil der IHRA-Formulierung liegt darin, dass sie Antisemitismus nicht ausschließend definiert. Es ist möglich, das Recht der Juden auf Selbstbestimmung auf die Existenz eines jüdischen Staates zu beziehen, aber die IHRA bleibt uneindeutig, ob dies die einzige Deutung der Klausel ist. Die IHRA schließt die Möglichkeit nicht aus, dass Israel ein Staat all seiner Bürger sein sollte – was also *kein* jüdischer Staat wäre –, und lässt es völlig offen, ob nationale »Selbstbestimmung« nicht auch als das Recht auf eine Autonomie oder eine föderale multinationale Konstellation ohne jüdischen Staat zu interpretieren ist.

Genau diese Situation stellt der BDS-Entschluss des Bundestags auf den Kopf. Unter dem Vorwand, sich auf die IHRA-Interpretation von Antisemitis-

4 Über Deutschlands Angriff auf die Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs habe ich bereits in der *Zeit* einen Artikel geschrieben, vgl.

5 Wortlaut nach: International Holocaust Remembrance Alliance: Working Definitions & Charters / Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>.

mus zu stützen, bestand sein hauptsächlichlicher Zweck darin, diese zu revidieren – die nicht-ausschließenden Bestimmung der Definition in eine ausgrenzende umzuwandeln. Wo die IHRA vorsichtig vom »Recht der Juden auf Selbstbestimmung« spricht, spricht der Bundestag von Israels »Existenzrecht als jüdischer und demokratischer Staat.«<sup>6</sup> Und wer auch immer dies leugnet, sei antisemitisch und solle von öffentlichen Geldern, öffentlichem Sprechen und so weiter ausgeschlossen werden. Ganz ähnlich wie so manche postkoloniale Strömung gibt der Bundestag vor, »lediglich seine Meinung zu äußern« anstatt wirklich zu zensieren, bezeichnet dann aber das wichtigste liberale Prinzip – Jeffersons Idee der staatlichen Neutralität – als rassistisch. Entschuldigung, als antisemitisch.

Solange die Zweistaatenoption noch ernsthaft im Spiel war, hätte man das Manöver des Bundestags vielleicht als unglücklichen Missgriff interpretieren können. Doch zum jetzigen Zeitpunkt, zum Ende der Zweistaatenpolitik, ist es hochgradig bedenklich. Ohne die Existenz eines palästinensischen Staates setzt sich ein jüdischer Staat zwischen dem Jordan und Mittelmeer über die nationalen und individuellen Rechte der Palästinenser hinweg. Es ist eine Sache, dass Israel nicht das Recht haben kann, Nicht-Juden innerhalb der Grenzen von 1967 als Bürger zweiter Klasse zu behandeln; doch der Staat kann sicherlich nicht jüdisch bleiben, wenn seine Bevölkerung zu etwa 50 Prozent aus Palästinensern besteht – was in den letzten 50 Jahren der Fall war, und wir haben allen Grund zu der Annahme, dass sich dies nicht ändern wird. Da es im Westjordanland seit einem halben Jahrhundert getrennte Rechtssysteme für Palästinenser und Juden gibt, ist es tatsächlich kaum unangemessen, den Begriff »Apartheid« zu verwenden.

## Der Israel-Bericht von Amnesty International

Seit dem Amnesty-Bericht schlägt der Begriff »Apartheid« in Deutschland noch höhere Wellen als in der Vergangenheit.<sup>7</sup> Mehrere Autoren haben argumentiert, dass Amnesty durch die Bezeichnung Israels als Apartheid den jüdischen Staat delegitimiere, *indem die Idee des Nationalstaats selbst delegitimiert*

6 Deutscher Bundestag: Der BDS-Bewegung entschlossen entgegnetreten – Antisemitismus bekämpfen. BT-Drucksache 19/10191 vom 15.5.2019.

7 Israel's Apartheid against Palestinians. Cruel System of Domination and Crime against Humanity. Amnesty International vom 1.2.2022.

werde. Mordechai Kremnitzer, einer der besten Rechtsexperten Israels – und jemand, den ich sehr schätze –, hat dieses Argument in *Ha'aretz* dargelegt, was dann von Meron Mendel im *Spiegel* und auf *Zeit Online* wiederholt wurde.<sup>8</sup> Dieses Argument war entscheidend für unser Verständnis und Missverständnis des Amnesty-Berichts, weil es die Grundlage für die Anschuldigung darstellte, dass Amnesty International nicht einfach nur falsch lag, sondern vielmehr antisemitisch sei: Wenn man Israel delegitimiert, indem man »die Idee des Nationalstaats delegitimiert«, warum beginnt man dann ausgerechnet mit Israel, dem kleinen jüdischen Staat? Gemäß diesem Argument mache sich Amnesty der berühmten antisemitischen Doppelmoral schuldig. Durch die Ablehnung der Nationalstaatsidee delegitimiere Amnesty also deshalb den jüdischen Staat, weil damit gemäß der IHRA-Definition auf Israel Standards angewandt würden, die »von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert würden«.<sup>9</sup> Das war Meron Mendels Argument in *der Zeit*.

Aber dieser Vorwurf kann nur dort erhoben werden, wo die Erinnerung als Waffe gegen die Vernunft und gegen den Standard der liberalen Demokratie gekapert wurde: Es ist gar nicht so erheblich, wie falsch oder richtig der Amnesty-Bericht nun eigentlich war (er hatte meiner Meinung nach sicherlich einige schwerwiegende Schwächen, aber es gab eben auch – und das sage ich voller Bedauern und mit großem Schmerz – viel zu viele Punkte, an denen er ganz richtig lag). Doch der Bericht kritisierte Israel ganz sicher nicht, indem er das Konzept des Nationalstaates delegitimierte. Vielmehr argumentierte Amnesty mit der Delegitimierung des Konzepts des ethnischen Staates – also eines Staates, in dem die Souveränität in den Händen einer ethnischen Gruppe und nicht an sich bei allen Bürgern liegt. Und der Bericht stellte fest, dass eine Politik, die darauf abzielt, die Souveränität in den Händen dieser Gruppe in einem Gebiet zu erhalten, in dem diese Gruppe nicht einmal die Mehrheit hat (!), notwendigerweise Apartheid schaffe. Die Debatten im deutschen Feuilleton übersahen dieses »Detail«: Und so sind wir in eine Situation geraten, in der nicht nur der BDS delegitimiert und die Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs direkt durch das deutsche Außenministerium angegriffen, sondern auch Amnesty International als antisemitisch verurteilt wird.

Nun wäre es für die Deutschen bequem gewesen – nicht aber für die Palästinenser und auch nicht für Israelis, die den Frieden suchen –, wenn diese

8 Mordechai Kremnitzer: Analysis. The Missed Opportunity in Amnesty's Israeli Apartheid Report. *Ha'aretz* vom 2.2.2022.

9 IHRA: Working Definition.

Angriffe auf die Ideen und Institutionen der Menschenrechte, des Völkerrechts und der liberalen Demokratie auf das Heilige Land beschränkt werden könnten. Aber das ist nicht möglich. Es ist eine Dialektik der Einzigartigkeit im Spiel – und sie kehrt nun zurück, um Deutschlands eigenes Bekenntnis zum Verfassungspatriotismus zu untergraben und die deutsche nationale Identität als den Ursprung von politischen Normen zu rehabilitieren. Wenn Deutschsein bedeutet, für die besondere, um nicht zu sagen: singuläre, Vergangenheit des Holocaust verantwortlich zu sein dann kann die Art und Weise, wie wir diese Verantwortung deuten, nicht dazu führen, dass wir die Diskriminierung von Palästinensern oder sonst wem akzeptieren (geschweige denn schlimmere Verbrechen). Einfach gesagt: Wenn Deutschsein bedeutet, die selbstverständliche Wahrheit aufzugeben, dass alle Menschen gleich sind, dann können Palästinenser, Muslime, Araber und Menschen des »Globalen Südens« nur schwerlich Deutsche sein – und das Gleiche gilt für Juden sowie für weiße Personen und alle Menschen, die sich weigern, beim Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit Kompromisse einzugehen. Mit anderen Worten: Wenn das besondere Einstehen für Israel den Gleichheitsanspruch untergräbt, untergräbt es den Verfassungspatriotismus.

## Die neue Rechte und die politische Mitte

Das ist die Debatte, die jetzt tatsächlich an Fahrt aufzunehmen beginnt. Denn die Idee des Verfassungspatriotismus erfordert eine Weltoffenheit, die diejenigen miteinschließt, deren Lebenswelten sich von denen der ethnischen und historischen Deutschen unterscheiden, und um zu verhindern, dass diese Lebenswelten als antisemitisch abgelehnt und ausgeschlossen werden. Die Vorstellung, dass man eine »jüdisch-und-demokratisch«-Formel annehmen und verteidigen muss – und das sogar heute, wenn es keine Zweistaatenlösung geben wird –, um ein verantwortungsvoller Deutscher zu sein, ist ein massiver Angriff auf den im Verfassungspatriotismus verkörperten Universalismus. Wenn Autoren in der *Welt*, der *FAZ* oder der *Zeit* derzeit ob des postkolonialen Angriffs auf die Erinnerung besorgt sind, befeuern die meisten von ihnen einen wachsenden Trend: sich über Angriffe auf den Universalismus zu beklagen, ist der bequemste Weg, um unbequemen universalistischen Verpflichtungen aus dem Weg zu gehen.

Diese Tendenz ist kein Ausdruck des Kaperns der Erinnerung durch die Rechte. Es ist vielmehr das Kapern der Mitte in die Rechte hinein, durch eine

besondere Form des Gedenkens. Das Phänomen, um das es hier geht, ist noch nicht der Aufstieg der Neuen Rechten, sondern die Veränderungen der konservativen Mitte und deren Herausbildung eines konsensualen »Wir Deutsche« als Ursprung von Normen – genau das, wovor die Singularitätsthese einst, im Verbund mit Habermas, schützen sollte. Und um es klar zu sagen: Natürlich wird dieselbe dialektische Logik mit aller Macht auch die neuen und radikalen Rechten in Deutschland unterstützen: Wenn die Leugnung der jüdisch-und-demokratisch-Formel antisemitische Doppelmoral ist, ist dann nicht auch der Angriff der Liberalen auf die Legitimität der AfD eine antisemitische Infragestellung des Existenzrechts Israels?

Im Jahr 2020 twitterte Jair Netanjahu, der Sohn des auch damals amtierenden Premierministers Israels, die EU sei ein Feind Israels und: »Länder! Der Schengen-Raum ist tot und bald wird das auch eure globalistische EU und ›Europa dann wieder frei, demokratisch und christlich sein.«<sup>10</sup> Es überrascht wenig, dass die AfD von Netanjahus Tweet begeistert war: Die Fantasterei, Europa von der liberalen Demokratie zu befreien und wieder christlich zu werden, zielt darauf, wieder eine antiliberalen Ordnung zu etablieren – eine, bei der muslimische und jüdische Bürger vielleicht dabei sind, dann aber auf die gleiche Weise, wie die palästinensischen Bürger Israels zum jüdischen Staat gehören. Joachim Kuhs, ein AfD-Politiker, der damals Abgeordneter des Europäischen Parlaments war, twitterte als Antwort ein Plakat mit dem Bild von Jair Netanjahu, auf dem in großen Buchstaben Netanjahus Slogan für ein Europa zu lesen war, das dann »frei, demokratisch und christlich sein« wird.<sup>11</sup> Spätestens seit dem Tivoli-Programm der Deutschkonservativen Partei von 1892 sind solche Bekenntnisse zu einem »christlichen« Deutschland eindeutig antisemitisch konnotiert, da sie einen ethnozentrischen Staat anstreben – »frei von jüdischem Einfluss« Der AfD und Netanjahu Junior geht es ganz klar vor allem darum, Deutschland vom »muslimischen Einfluss« zu befreien. Und die Übertragung derselben Logik auf Juden bringt sie mitnichten in Verlegenheit: An diesem Punkt können sich AfD und Netanjahu darauf einigen, dass Juden idealerweise in ihrem eigenen jüdischen Staat leben sollten.

Der Subtext der AfD ist klar: Hat Israel das Recht, »jüdisch und demokratisch« zu sein, obwohl 20, wenn nicht sogar 50 Prozent Nicht-Juden in ihm le-

10 »Schengen zone is dead and soon your evil globalist organization will be too, and Europe will return to be free, democratic and Christian!« @Yair Netanyahu vom 28.4.2020, 10:48 Uhr.

11 @Joachim\_Kuhs vom 6.5.2020, 11:06 Uhr.

ben, die nicht zum souveränen jüdischen Volk gehören? Natürlich hat es das: Dies zu leugnen, ist antisemitisch! Das jüdisch-demokratische Israel ist wie das deutsch-(christlich)-demokratische Deutschland. Selbst nach Ansicht des Bundestags ist es antisemitisch, Israel als jüdisch-demokratischen Staat zu leugnen. Wie könnte es dann illegitim sein, dass die Deutschen sich genau das Gleiche wünschen? Warum sollten die Deutschen nicht das Modell Israels übernehmen und ihr Land christlich-demokratisch definieren, und zwar in einem ethnisch-kulturellen, nicht in einem religiösen Sinne – genau wie Israel? Die AfD und Netanjahu Junior sind sich darin einig, dass die Deutschen das tun sollten. Und das ist jetzt der Punkt: Es ist einfach, wenn wir von der AfD und Netanjahu sprechen. Aber was bitte sagen David Grossman, Amos Oz, Yehuda Bauer, Saul Friedländer, Aharon Barak oder Moshe Halbertal dazu? Wir wissen es: Sie haben sich die »jüdisch-und-demokratisch«-Formel selbstverständlich zu eigen gemacht.

Und wenn wir mal bei Seite lassen, was radikale Postkolonialisten oder Israel-Gegner über die »jüdisch-und-demokratisch«- oder über die »christlich-und-demokratisch«-Formel sagen: Was aber hat denn ein Habermas, dieser mächtige Verfechter des Verfassungspatriotismus, im Gegenzug zu sagen? Und wenn schon nicht Philosophen der Generation Habermas, dann vielleicht Angehörige der jüngeren intellektuellen Generation Deutschlands – sagen wir, Leute in ihren Siebzigern, Sechzigern oder Fünfzigern? Ist es denn wirklich nicht klar, dass der BDS-Beschluss des Bundestags und die Diffamierung der »Initiative Weltoffenheit« Angriffe auf die Idee des Verfassungspatriotismus selbst sind? Dass es bedeutet, diejenigen von der Teilhabe als deutsche Staatsbürger auszuschließen, deren besondere Geschichte und deren Glaube es nicht zulassen, dass Nicht-Juden in Israel zu Bürgern zweiter Klasse gemacht werden?

Wir werden den Verfassungspatriotismus in Deutschland nicht verteidigen, wenn wir nicht klar und deutlich darüber sprechen: Die Dialektik der Singularität ist inzwischen der wichtigste Punkt, durch den nicht-ethnische Deutsche vom Deutschsein ausgeschlossen werden – das Haupthindernis in dem schwierigen Prozess, Deutschland vom Land der ethnischen Deutschen zum Land der Deutschen als Bürger zu machen. Form und Inhalt gehen hier Hand in Hand: Solange der Bundestag offiziell an der Meinung festhält, dass es antisemitisch sei, die Idee einer jüdischen Demokratie zu leugnen, scheint er der Idee eines »christlich-demokratischen« deutschen Staates gegenüber sehr offen, um nicht zu sagen: vielleicht sogar verpflichtet zu sein. Es sei denn, es würde sich in diesem Fall um einen doppelten Standard handeln.